

Das k.u.k. Kriegsüberwachungsamt und die Friedensfrage im Ersten Weltkrieg

Tamara Scheer

Die Kriegsgefahr während und nach den Balkankriegen und die hot spots im Inneren motivierten die höheren Militär- und Zivilinstitutionen Österreich-Ungarns noch konkretere Pläne für ein Vorgehen bei Konflikten und Kriegen auszuarbeiten. Es bestand die Befürchtung, dass sich nicht nur einzelne Nationalitäten einer Mobilmachung entziehen würden, sondern die Sozialdemokratie federführend sein würde, auch bei der Ausrufung von Streiks. Auch ihr internationales Engagement, d.h. der Kontakt mit möglichen Feindstaaten, wurde als Gefahr angesehen.

Das Ergebnis der Planung waren Ausnahmeverfügungen, welche zentral vom Kriegsüberwachungsamt (KÜA), organisiert werden sollten. Sie betrafen mehrfach die Tätigkeit der Arbeitervertretung, denn sie schränkten Bürgerrechte, wie Versammlungs- und Pressefreiheit, ein. Tatsächlich aber reagierte die österreichische/deutsche und ungarische Sozialdemokratie bei Kriegsbeginn nicht so, wie befürchtet. Sie stellte sich zunächst gegen die Internationale und bekundete ihre Solidarität mit der Staatsmacht.

Das Verhältnis des KÜA zur Sozialdemokratie während des Krieges wird anhand des Beispiels der Erörterung der „Friedensfrage“ diskutiert. Zum Abschluss wird danach gefragt, ob die Friedensfrage zu einem Puzzlestein wurde, der dafür sorgte, dass die Sozialdemokratie nach dem Krieg zu dem bestimmenden Machtfaktor aufsteigen konnte.